**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 59 (1980)
**Heft:** 5

**Artikel:** Für Klarheit der Parteiprogrammatik
**Autor:** Lienhard, Richard
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-347699

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 17.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Profil

*Richard Lienhard*

## Für Klarheit der Parteiprogrammatik

> *Kung Fu-tse, von seinen Schülern gefragt, was er wohl als erstes und Wichtigstes anordnen würde, falls er ein allmächtiger Herrscher wäre, antwortete: «Dass die Bedeutung der Worte eindeutig festgelegt werde.»*

In meinem letzten Beitrag[1] befasste ich mich mit der Problematik einer Parteiprogrammrevision. Ich kam dabei zum Schluss, dass sich eine Revision des Winterthurer Parteiprogramms vom Jahre 1959 nicht aufdränge. Entwicklungen, die 1959 nicht voraussehbar waren, könnte man mittels einer Partialrevision Rechnung tragen.

Die weit überwiegende Mehrheit der hierzulande organisierten Sozialdemokraten dürfte nach wie vor positiv zum geltenden Parteiprogramm stehen. Dessen Revision wird von einer kleinen, aber aktivistischen Minderheit gefordert.

Nun steht freilich auch einer Minderheit das Recht zu, ihre Vorstellungen von der Reform eines Parteiprogramms zu entwickeln. Die Diskussion wird zeigen, ob diese Vorstellungen breite Schichten unserer Mitgliedschaft zu überzeugen vermögen oder ob es nicht als klüger empfunden wird, sich für eine *Reaktivierung* des geltenden Parteiprogramms einzusetzen. Das Positive an der Auseinandersetzung sehe ich darin, dass auf diese Weise wieder einmal Grundsatzfragen zur Diskussion gestellt werden. Am Mobilisierungseffekt eines solchen Unternehmens ist nicht zu zweifeln.

Nur *eine* Forderung wird man an die Befürworter einer Programmrevision stellen dürfen: dass sie klipp und klar zum Ausdruck bringen, was sie wirklich wollen. Es kann in diesem Zusammenhang nicht mehr genügen, einfach darzulegen, was man *nicht* will. Vor allem wünschen wir klare Begriffsbestimmungen. Zudem sollte jeweils deutlich gemacht werden, von welchem Gesichtspunkt aus eine Frage diskutiert wird. Schliesslich scheint mir intellektuelle Redlichkeit Voraussetzung für eine fruchtbare innerparteiliche Diskussion. Euer Ja sei ein Ja, das Nein ein Nein.

Der jüngst verstorbene Philosoph *Erich Fromm* hat einmal gesagt, die

[1] «Profil» 4/80: «Memo an eine Arbeitsgruppe»

grosse Hoffnung der in der Gesellschaft Benachteiligten bestehe darin, dass dem Kampf um die Wahrheit eine Chance gegeben werde. Halbwahrheiten mögen im Wahlkampf bisweilen als verzeihlich erscheinen, im Zusammenhang mit Grundsatzdiskussionen nicht. Hüten wir uns deshalb, dass dort der Geist des Mephisto wehen kann, wo er will:

«In bunten Bildern wenig Klarheit,
Viel Irrtum und ein bisschen Wahrheit.
So wird der beste Trunk gebraut.»

Um so mehr sollte man die Worte von Kung Fu-tse als Verpflichtung fühlen.

**Demokratischer Sozialismus ist keine Weltanschauung**

Das geltende Parteiprogramm ist antidogmatisch orientiert. Es geht davon aus, dass es in der Gesellschaftspolitik keine mit wissenschaftlicher Genauigkeit voraussehbare Entwicklung gibt. Seit die Sozialdemokratie sich vom Hang zum Dogmatismus befreit hat, muss sie sich um so mehr darum bemühen, ihre Politik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu messen. Dadurch ist die Sozialdemokratie lebensnaher geworden, politischer und demokratischer.

Der demokratische Sozialismus im Sinne des geltenden Parteiprogramms bekennt sich sodann zur Vielfalt der Ideen. Er akzeptiert daher den Wettstreit zwischen Gesellschaftstheorien der verschiedenen Parteien und überlässt schliesslich die Schiedsrichterfunktion dem Wähler. Die so verstandene Sozialdemokratie hält dafür, dass die politische Partei in ihrem Sachbereich den Menschen nicht normen kann und auch nicht festlegen darf auf eine letzte Auffassung: Dies würde über die Zuständigkeit einer Partei hinausgehen; deshalb kann in einer politischen Partei auch nicht über die Wahrheit abgestimmt werden. Gewiss soll jede politische Partei und damit auch die SP einen Grundbestand gemeinsamer politischer Überzeugungen haben. Man kann hier auch von einer Bindung an Werte sprechen. Insofern ist die SP keine wertfreie Partei. Unter Weltanschauung versteht man aber etwas ganz anderes: nämlich die Verpflichtung eines Menschen auf ein Totales, auf eine Norm, die sein ganzes Denken beherrschen soll, also auch ausserhalb des politischen Sachbereichs.

Eine Diskussion mit Befürwortern eines neuen Parteiprogramms zeigt mir bereits, dass sie die angeführte Auffassung nicht zu teilen vermögen. Sie sehen im Sozialismus eine in sich selbst abgeschlossene historisch notwendige Gesellschaftsphase. Sie vermögen im Sozialismus nur ein theoretisch konstruiertes Endziel zu erblicken. So wird Sozialismus zur Weltanschauung; denn hier wird die eigene theoretische Ansicht verabsolutiert, und sie lässt sich daher nur noch dogmatisch begreifen. Diese historisch-deterministische Vorstellung widerspricht indessen dem Geist und Wesen

des geltenden Parteiprogramms, das in der Sozialdemokratie eine ständige Aufgabe sieht.

Es scheint mir notwendig, dass dieser Gegensatz in der Diskussion um ein neues Parteiprogramm deutlich herausgestellt wird.

**Von der Volkspartei zurück zur Klassenpartei?**

Wer zurück will zur Weltanschauungspartei, der setzt sich in Widerspruch mit dem Volksparteicharakter der SP. Deshalb steht auch hierzulande die dogmatische Linke der Vorstellung von der SP als Volkspartei nicht nur kritisch, sondern ablehnend gegenüber. Darauf wurde in unserem Blatt bereits einmal hingewiesen.[2] Das geltende Parteiprogramm enthält aber eine Aussagekraft, die weit über den Kreis der Industriearbeiterschaft hinausgeht. Es gehört denn auch zum Wesen einer Volkspartei, dass sie bewusst versucht, die Interessen einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten. Allein schon die Herausbildung einer breiten Schicht von unselbständig Erwerbstätigen im sekundären beziehungsweise tertiären Sektor hat die Entwicklung der Klassenparteien zu Volksparteien begünstigt. Dieser Trend hat denn auch in allen Programmen der sozialdemokratischen Parteien Europas den Niederschlag gefunden. Wir brauchen in diesem Zusammenhang gar nicht den Vergleich mit dem bei unserer Linken so ungeliebten Godesberger Programm der SPD heranzuziehen. Näher liegt uns das Beispiel des soeben revidierten Programms der österreichischen Sozialisten. Darin bekennen sie sich ausdrücklich als Vertreter einer *offenen* Partei. Anlässlich des Parteitages der SPÖ, an welchem das neue Parteiprogramm angenommen wurde, stimmten die Delegierten einer Resolution zu, in welcher unter anderem festgehalten wird: «Die Sozialisten bekennen sich zur offenen Partei nicht aus Gründen der politischen Taktik, sondern aus innerster Überzeugung. Offen sein heisst nicht, keine Grundsätze zu haben, sondern bedeutet, seine Grundsätze in steter Gesprächsbereitschaft zu vertreten.»

Einer der besten Kenner der internationalen sozialistischen Bewegung, unser Mitarbeiter *J. W. Brügel* (London), hat einmal überzeugend dargelegt, weshalb sich eine sozialdemokratische Partei zur Volkspartei entwikkeln müsse:

«Die arbeitenden Menschen verlangen von der Sozialdemokratie, dass sie ihren durch demokratische Entscheidung entstandenen Anspruch auf Beteiligung an der Macht zugunsten der sozial Schwachen, der Entrechteten und Benachteiligten in die Waagschale wirft. Das bringt sie in ständigen Wettbewerb mit anderen politischen Parteien. In diesem Wettbewerb in der Demokratie kann sie nur erfolgreich bestehen, wenn sie ihren Appell nicht bewusst einschränkt: Sie kann nicht nur an die ‚arbeitenden' Menschen im weitesten Sinne des Wortes, sie muss an die ganze Wählerschaft

[2] Vgl. «Profil» 6/78: «Volkspartei – oder was sonst?»

appellieren. Dadurch wird die ursprüngliche Arbeiterpartei nach und nach zur Volkspartei, ob sie es will oder nicht.»[3]

Aber das will offenbar nicht so recht in die Köpfe unserer Linksdogmatiker. Da wäre nun endlich ein klärendes Wort seitens unserer Parteileitung fällig. Statt dessen hat noch unlängst der Pressechef der SPS, *Peter Graf,* in der sozialdemokratischen Tagespresse verlauten lassen, er vermöge in der SPS keine Volkspartei zu sehen. In unserem Blatt wurde er aufgefordert, sich zu dieser seltsamen Auffassung näher zu äussern. Eine klärende Antwort ist uns nicht bekannt. Statt dessen bezeichnete Parteipräsident *Helmut Hubacher* anlässlich eines Interviews mit P. I. Vogel[4] die Kaderpartei als eine «politische Sekte»: eine gewiss zutreffende Feststellung, die auch die Charakterisierung der Klassenpartei umfasst.

Es darf nun aber erwartet werden, dass in einer so fundamentalen Frage unsere Parteileitung mit *einer* Zunge spricht. Die Auffassungen von einer Volkspartei und von einer Klassenpartei beruhen nämlich auf völlig gegensätzlichen politischen Wertvorstellungen und Grundrichtungen. Solche parteiinterne Gegensätze lassen sich auf die Dauer nicht vertuschen, soll die Handlungsfähigkeit unserer Partei nicht Schaden leiden. Es ist unumgänglich, dass im Zusammenhang mit der Diskussion um das neue Parteiprogramm diese Gegensätze deutlich aufgezeigt werden.

### Jenseits des Kapitalismus

Das Liebäugeln mit der «Klassenpartei» kommt natürlich nicht von ungefähr. Es entspricht dem Theorieansatz neomarxistischer Kreise, die innerhalb der SPS eine kleine, aber um so aktivere Minderheit darstellen. Sicherlich werden sie versuchen, unbekümmert um die Realitäten wieder neomarxistisches Gedankengut in unserem Parteiprogramm zu verankern. So ist auch damit zu rechnen, dass Worte wie «Kapitalismus» oder «Spätkapitalismus» recht freigebig Verwendung finden werden; denn man braucht ja ein Feindbild, damit man den Kampf um so radikaler führen kann.

Im Sinne der Forderung von Kung Fu-tse scheint es mir unentbehrlich, dass man sich zuerst einmal mit dem Begriff Kapitalismus befasst.

Unter Kapitalismus verstehen wir ein Wirtschaftssystem, das auf uneingeschränktem Eigentum an Produktionsmitteln beruhte, dem Marktmechanismus die Steuerung des Wirtschaftsablaufes überliess und in welchem der Staat sich innenwirtschaftlich aus dem Wirtschaftsprozess heraushielt und aussenwirtschaftlich nur eine bescheidene Zollpolitik trieb.

Es steht ausser Frage, dass dieses System für die werktätige Bevölkerung höchst bedenkliche Folgen haben musste. Ohne Übertreibung kann gesagt werden, dass das Proletariat Objekt der Ausbeutung war. Besonders

---

[3] J. W. Brügel: «Einige Bemerkungen zur Frage ‚Volkspartei'» («Profil» 9/78, S. 242)

[4] P. I. Vogel: «Interview mit Helmut Hubacher» («Profil» 6/79)

in Zeiten konjunkturbedingter Arbeitslosigkeit geriet das Proletariat in einen eigentlichen Verelendungsprozess. Wer nicht mehr arbeitsfähig war, der stand wirtschaftlich vor dem Nichts. Auch fehlte dem Proletarier jede Aufstiegschance. Vorurteile der herrschenden Klasse verunmöglichten dem begabten Arbeiterkind die entsprechende Weiterbildung.

Diesen Kapitalismus gibt es in unserem Land nicht mehr. Deshalb ist heute auch die Bewusstseinslage des Arbeitnehmers eine andere als im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Kapitalismus ist in Westeuropa weitgehend in der Weltwirtschaftskrise untergegangen. Dies entsprach denn auch den Prophezeiungen der massgebenden marxistischen Theoretiker. Es ist daher recht seltsam, dass ihre heutigen Nachbeter dies nicht anerkennen wollen. Noch immer sind sie blind gegenüber der Tatsache, dass die gesellschaftliche Position und das Bewusstsein der Arbeiterklasse eine grundlegende Änderung erfahren haben. Man denke nur an die heutige gesicherte Altersversorgung, an die Bildungs- oder Konsummöglichkeiten der breiten Massen (wobei der Erwerb eines Autos auch für den Arbeiter fast zur Selbstverständlichkeit geworden ist). Gelangt man da nicht zu jener Auffassung, wie sie kürzlich ein führender österreichischer Sozialist geäussert hat: So etwa mögen sich die phantasiebegabten Arbeiter um die Jahrhundertwende den Sozialismus vorgestellt haben.

Es blieb aber nicht bei der grundlegenden Änderung des ökonomischen Unterbaues. Auch beim Überbau hat die Umwälzung längst begonnen. Die politischen Strukturen haben sich gewandelt. So übt der Staat längst nicht mehr die Funktion eines Nachtwächterstaates aus, wie dies in der Zeit des Kapitalismus der Fall war. Immer mehr entwickelte sich der Staat zum Wohlfahrts- und Wirtschaftsstaat mit seinen Konjunktur- und planungspolitischen Steuerungsinstrumenten.

Wenn nun etwa der Einwand erhoben wird, von Kapitalismus müsse so lange gesprochen werden, als das Privateigentum an Produktionsmitteln noch nicht überwunden sei, so ist dem zu entgegnen: Auf diese Voraussetzung kommt es überhaupt nicht an. Produktionsmittel verstaatlichen kann jeder analphabetische Militärdiktator. Die Erfahrungen mit den Oststaaten und mit einzelnen Entwicklungsländern zeigen uns doch, wohin die Verstaatlichung der Produktionsmittel geführt hat: sicherlich nicht in Richtung eines freiheitlichen Sozialismus. Wenn in diesem Zusammenhang dann noch von «Staatskapitalismus» gesprochen wird, so zeigt sich hier einmal mehr, wie verschwommen und verwaschen der Begriff Kapitalismus (mit oder ohne Adjektiva) geworden ist. Jedenfalls ist er nicht geeignet, unser gegenwärtiges Wirtschaftssystem zu kennzeichnen. Damit ist freilich nicht gesagt, der Kapitalismus sei bereits überwunden und es sei schon das Zeitalter eines demokratischen Sozialismus angebrochen. Wir leben in einer Übergangsphase, die allerdings länger dauern dürfte, als es sich eine marxistische Schulweisheit träumen liess.

Es wäre für mich sicherlich ein bequemeres Unterfangen, einige sozialistische Glaubenssätze aus dem 19. Jahrhundert wiederzukäuen und mit einem ideologischen Glasperlenspiel etwas Schaum zu schlagen, statt im Sinne der Worte von Kung Fu-tse zu versuchen, zur Klärung von Begriffen beizutragen. Würde ich im «Profil» von Leitartikel zu Leitartikel verkünden, dass auch heute noch der schweizerische Arbeiter nichts zu verlieren hätte als seine Ketten, so wäre ich zweifellos des Beifalls aus der linken Ecke unserer Partei gewiss, und einige Parteifunktionäre hätten dann vielleicht nichts mehr dagegen einzuwenden, wenn ich unser Blatt noch um weitere zwanzig Jahre redigierte. Ich halte indessen dafür, dass auch im politischen Leben der unbequemere Weg der bessere ist.

So bin ich auch der Auffassung, dass wir uns nicht genieren müssen, wenn wir uns zu den Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft bekennen. Im Gegensatz zu den konservativen Kräften möchten wir Sozialdemokraten allerdings die marktwirtschaftlichen Errungenschaften nicht verabsolutieren. Wir betrachten auch diese Ordnung als veränderbar und veränderungsbedürftig. Es wird daher weiterhin unsere Aufgabe sein müssen, stets über neue Organisationsformen in Staat und Wirtschaft nachzudenken, über mehr Kontrolle, aber auch über mehr Selbstbestimmung und Mitsprache, über Veränderungen in Richtung nach mehr Gerechtigkeit und Humanität; denn nur so kann es uns gelingen, zur Durchsetzung der von uns vertretenen Grundwerte beizutragen.

Wir werden diesen Weg um so erfolgreicher beschreiten, je konsequenter wir uns zu der Forderung des weisen Kung Fu-tse bekennen.